



September 2025

Groß Sand: Der Kampf ist nicht vorbei



Auch wenn der Senat sich weiter nicht wirklich zuständig fühlt und die Proteste nicht zur Kenntnis nimmt: Der Stadtteil und die Beschäftigten werden keine Ruhe geben: Die Bündnisinitiativen planen am 08.09.2025 weitere Aktivitäten! Foto: BO Wilhelmsburg)

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe:
Mittwoch, 01.10.2025

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Erinnerung: Einladung zur BMV	S. 2
Antrag GO neu	S. 3
Zusammen für Gaza	S. 3
Friedensdemo 3.10.	S. 4
Bericht Sommerfest Fraktion	S. 5
Müllaktion HaHoBo	S. 6
Lieferandostreik / Interview Kay Jäger	S. 7
Zukunftsentscheid	S. 8
Tag der Wohnungslosen	S. 9
Abrisspläne der SAGA?	S. 9
Lebenswertes St. Georg	S. 11
Filmempfehlung:	S. 13
Termine / Kontakt	S. 14

Freundliche Erinnerung: **Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung**

Sonntag, 07. September 2025

10:30 bis 17:30 Uhr

im Kulturpalast (Öjendorfer Weg 30a, 22119 Hamburg)

Liebe Genossin, lieber Genosse,

wir möchten dich hiermit herzlich zu unserer nächsten Bezirksmitgliederversammlung (BMV) einladen. Wir werden uns gemeinsam auf den Landesparteitag vorbereiten und uns mit dem strategischen Umgang mit der AfD und dem aktuellen Rechtsruck beschäftigen. Außerdem wird der neue Vorstand von seiner Arbeit berichten. Du bist herzlich eingeladen dich auf der BMV aktiv am Diskurs zu beteiligen. Für Essen und Getränke ist gesorgt.

Unseren Vorschlag für die Tagesordnung findest du unten, den Geschäftsordnungsvorschlag [hier](#).

Wir freuen uns sehr, wenn du dabei bist, mit uns diskutierst und daran mitwirkst, die Partei zu gestalten!

Mit herzlichen & solidarischen Grüßen

Dein Bezirksvorstand (Rhia, Lea, Laura, Luzian, Vincent, Jamila, Wolfgang und Yannick)

Tagesordnungsvorschlag

TOP	Beginn	Dauer	Bezeichnung
	10:30	00:30	Mandatsprüfung
1	11:00	00:30	Konstituierung · Wahl der Versammlungsleitung · Wahl der Mandatsprüfungskommission · Beschluss der Geschäftsordnung · Beschluss zur Tagesordnung
2	11:30	00:20	Bericht des Bezirksvorstands
3	11:50	01:30	Strategiedebatte über AfD und Rechtsruck
	13:20	01:00	Pause
4	14:20	00:30	NATO-Manöver „Red Storm Bravo“ stoppen · Vorstellung des Bündnisses · Debatte
5	14:50	01:00	Vorbereitung des Landesparteitags
6	16:20	01:30	Weitere Anträge
7	17:20	00:10	Verschiedenes
	17:30		<i>Ende</i>

Hinweis zu Anträgen

Jedes Mitglied ist antragsberechtigt. Anträge an die Bezirksmitgliederversammlung können bis einschließlich 23. August an die E-Mail-Adresse des Bezirksvorstandes (bv-mitte-vorstand@lists.die-linken.de) eingereicht werden. Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 15 Mitgliedern auch unmittelbar auf der BMV eingebracht werden.

Redaktionelle Ergänzung: Diese Einladung wurde bereits im August-MitteNmag veröffentlicht. Mittlerweile wurde auch ein Materialpaket mit Anträgen an alle Mitglieder mit E-Mail versandt. Diese Anträge werden hier nicht erneut veröffentlicht, da sie den Mitgliedern bereits vorliegen.

Auf der folgenden Seite findet sich ein noch nicht versandter Antrag zur Behandlung der vom BeVo vorgeschlagenen neuen GO.

*Und von mir persönlich die Bitte: Nehmt teil, wenn ihr könnt. Wenn wir **gemeinsam** was verändern wollen, dann müssen wir auch **miteinander** diskutieren. Die Gegner heißen Friedrich Merz und Alice Weidel, **nicht** Jan van Aken und Sabine Ritter. bs!*

Antrag an die Bezirksmitgliederversammlung von Die LINKE Hamburg-Mitte am 07.09.2025

Antragsteller:innen: Alexander Benthin, Gunhild Berdal, Kristian Glaser, Franziska Hildebrandt, Ida Rockenbach, Thomas Stahlhut, Ulrike Schirrmann, Domenica Winkler

Geschäftsordnung: Transparent und demokratisch

Der Bezirksverband Hamburg-Mitte hat sich zur demokratischen Diskussion und Positionsbildung eine Rahmen-Geschäftsordnung gegeben, mit der seit 2008 gearbeitet wird.

Die Versammlung möge befassen, beraten und beschließen:

I. Der vom Bezirksvorstand vorgelegte Entwurf einer neuen Geschäftsordnung wird auf eine spätere BMV vertagt.

II. Der BeVo wird beauftragt, einen Informations- und Diskussionsprozess zu initiieren, damit Änderungsabsichten an einer neuen Geschäftsordnung für alle Genossinnen und Genossen nachvollziehbar werden und alle sich an dem Erarbeitungsprozess beteiligen können, um einen formalen Rahmen zu schaffen, der die demokratische, kultivierte und diskussionsfreudige Meinungs- und Willensbildung garantiert.

Begründung:

Die Behandlung einer neuen Geschäftsordnung, die nicht nur für die aktuelle Versammlung gelten soll, sondern für alle folgenden, kann nicht unter dem Tagesordnungspunkt „Konstituierung“ behandelt werden. Vielmehr ist dafür ein regulärer Tagesordnungspunkt erforderlich, damit ausreichend Gelegenheit ist, die GO demokratisch und transparent zu beraten und qualifiziert zu beschließen.

Die Rahmen-Geschäftsordnung gilt, insofern ist kein akuter Handlungsbedarf gegeben.

Es besteht auch kein akuter Handlungsbedarf durch die Änderungen der Landessatzung, weil diese ohnehin gelten.

Mit dem unter II. vorgeschlagenen transparenten, satzungskonformen Verfahren können wir dafür Sorge tragen, dass die Geschäftsordnung zu kultivierter Debatte und qualifizierter Meinungs- und Willensbildung des höchsten Organs des Bezirksverbandes führt.

Am 27. September in Berlin: Zusammen für Gaza

Die Linke ruft zur Großdemonstration „Zusammen für Gaza“ am 27. September in Berlin auf. Dazu sagen die Vorsitzenden der Partei Die Linke, Ines Schwerdtner und Jan van Aken:

„Der Krieg in Gaza fordert täglich neue zivile Opfer durch anhaltende Bombardierungen und die Blockade Israels, die unabhängige Hilfe und Versorgung verhindert. Mittlerweile sprechen Organisationen offiziell von einer menschengemachten Hungersnot. Das Leben von 132.000 Kindern unter fünf Jahren ist laut IPC-Initiative wegen Unterernährung bedroht. Und die rechtsextreme israelische Regierung verschärft die Situation immer weiter: Mit neuen Offensiven, mit Siedlungsbau und mit der erklärten Absicht, den Gazastreifen zu annektieren. Es ist unerträglich, wie sich die deutsche Regierung in der Frage wegduckt. Dass wir Kriegsverbrechern nicht weiter Waffen liefern, sollte selbstverständlich sein. Die Bundesregierung muss jetzt sofort den Druck auf die israelische Regierung erhöhen um das Leid zu beenden. Die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens ist jetzt notwendig - angesichts der Kriegsverbrechen der israelischen Regierung darf es keine wirtschaftliche Bevorzugung mehr geben. Dieser Krieg muss endlich enden.“

Mit der Demonstration am 27. September soll ein gemeinsamer Raum für friedlichen Protest geschaffen werden, der frei ist von Diskriminierung. Rassistische und antisemitische Äußerungen jeglicher Art werden nicht toleriert. Wichtig ist uns auch, dass insbesondere die Betroffenen und ihre Angehörigen zu Wort kommen.“

Die Demonstration startet am 27. September um 14:30 vom Neptunbrunnen auf dem Alexanderplatz in Richtung Berlin Hauptbahnhof.

Die Initiator*innen dieser Demonstration sind:

- Basem Said (Pädagoge und Aktivist, Teil der palästinensischen Community Berlin)
- Jules El-Khatib (Hochschuldozent / 20 Familienmitglieder in Gaza getötet)
- Amal Hamad (Vorsitzende Deutsch-Palästinensischer Frauenverein)
- Nesrin Chebli (Aktivistin, Teil der palästinensischen Community Berlin)
- **Özlem Demirel** (MdEP, Die Linke Düsseldorf)
- Khaled Hamad (Palästinensische Gemeinde Deutschland)
- Deborah Feldman (Schriftstellerin)

- **Ines Schwerdtner** (Parteivorsitzende, Die Linke)
- **Nimrod Flashenberg** (Israelis für Frieden)
- **Alma Itzhaky** (Israelis für Frieden)
- **Ahmed Abed** (Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied in der Vereinigung Demokratischer Jurist*innen)
- **Marcus Staiger** (Journalist und Autor)

- **Michael Barenboim** (Musiker)
- **Felix Pahl** (Aktivist)

Weitere Informationen zur [Demonstration](#)

Die Linke ruft auch zur Teilnahme an der Kundgebung vor dem Bundestag im Anschluss auf. Weitere Informationen zur [Kundgebung](#)

Am 3. Oktober in Berlin:

Nein zu Kriegspolitik und Militarisierung – Ja zu Frieden und Abrüstung



Aufruf der Initiative ‚Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!‘

Die Situation in Europa entwickelt sich gefährlich in Richtung eines großen Krieges. Statt sich für Frieden einzusetzen, will die Bundesregierung Deutschland ‚kriegstüchtig‘ machen. Mit massiver Hochrüstung soll das Land europäische Führungsmacht werden. Das Geld dafür fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die dringend angegangen werden müssen, um den künftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu erhalten, bleiben ungelöst.

Angekündigt ist die Einführung einer sogenannten neuen Wehrpflicht in Deutschland, um junge Menschen zu Zwangsdiensten zu verpflichten und sie zum Sterben in alle Welt zu schicken, wenn sich zu wenig Freiwillige melden.

Es heißt, wir müssen kriegsfähig und zu siegen bereit sein, weil behauptet wird, Russland wolle uns angreifen. Mit dieser Bedrohungslüge wollen die Kriegstreiber in Politik und Medien die Menschen dazu bringen, ungehemmter Hochrüstung und Kriegsvorbereitung zuzustimmen. Tatsächlich ist die NATO, das größte aggressivste Militärbündnis der Welt zum Erhalt der ‚westlichen‘ Hegemonie, Russland militärisch schon jetzt haushoch überlegen.

Neue US-Mittelstreckenwaffen, die in Deutschland als Erstschlags- und Enthauptungsschlagwaffen ab 2026 gegen Russland stationiert werden sollen, erhöhen zudem die Spannungen in Europa drastisch und machen Deutschland zur strategischen Zielscheibe.

Die Bundesregierung hält an ihrer Politik der Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete fest. Sie eskaliert durch Waffenlieferungen an die Ukraine den Krieg, statt zu helfen, ihn zu beenden. Durch Waffenlieferungen an Israel unterstützt sie den Völkermord an den Menschen in Gaza und Palästina sowie die völkerrechtswidrigen Angriffskriege Israels gegen mehrere Länder und seine Besatzungspolitik.

Wir sagen NEIN zu allen Kriegen und lehnen Kriegspolitik und Militarisierung unserer Gesellschaft ab. Nicht die Kriegstüchtigkeit Deutschlands ist unser Ziel, sondern Dialog und Abrüstung.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Stopp des Hochrüstungskurses! Stattdessen Abrüstung für Soziales, Bildung, Gesundheit, Kultur und den Schutz der Umwelt!

- Keine Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen!
- Nein zur Wehrpflicht!
- Keine Waffenlieferungen und Rüstungsexporte an die Ukraine, Israel und in alle Welt!
- Stopp der Militarisierung der Gesellschaft! Keine Unterordnung von Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft unter Kriegstüchtigkeit!
- Keine „Staatsräson“, die die völkerrechtswidrige Kriegs-, Entrechtungs-, Enteignungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik Israels rechtfertigt!
- Nein zu Wirtschaftssanktionen, die nicht von den UN beschlossen wurden, sie sind völkerrechtswidrig!
- Asyl für Menschen, die sich dem Krieg verweigern und von Krieg bedroht sind!
- Den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag!

Wir fordern statt Eskalation Diplomatie und Entspannungspolitik und fordern die Bundesregierung auf, sich für ein schnelles Ende der Kriege in

Europa, im Nahen und Mittleren Osten einzusetzen.

Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben ohne Hunger und Krieg für alle Menschen!

Dafür gehen wir am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart auf die Straße!

Unterstützt diesen Aufruf, unterstützt diese Demonstration auch mit eigenen Aufrufen und Appellen.

Werbt und mobilisiert für diese große Aktion!

Die Demo in Berlin beginnt um 13 Uhr am Bebelplatz.

Busse aus Hamburg werden vom Hamburger Forum organisiert, Fahrkarten können direkt hier bestellt werden: <https://busfahrt-frieden.de>

Start 8.30 Uhr am ZOB an der Adenaueralle, Treffpunkt 8 Uhr am Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz/Ecke Brocksstraße. Die Rückfahrt ab Berlin erfolgt um 18 Uhr, Ankunft in Hamburg ca. 21.30 Uhr.

Bericht zum politischen Sommerfest der Bezirksfraktion

Am 15. August feierte unsere Bezirksfraktion ihr politisches Sommerfest. im Club TURTUR in Wilhelmsburg



Das Podium, Antonia am Mikrophon, rechts daneben Marie Kleinert (Foto: Fraktion)

Das Fest wurde sehr gut angenommen. Neben unseren Genossis aus der Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/Veddel und dem Bezirksverband fanden auch viele engagierte Menschen aus örtlichen Initiativen und Nachbar*innen den Weg in den stimmungsvoll dekorierten Club (auch wenn der Weg zum etwas versteckten TURTUR etwas

besser hätte markiert sein können – wir nehmen das mal mit).

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Co-Fraktionsvorsitzenden Marinus Stehmeier und Vorstellung der Fraktionär*innen ging es gleich weiter mit einem Podium zur Situation und Perspektiven der Club- bzw. Subkultur in Hamburg.

Hier entspann sich zwischen unsrer Bürgerschaftsabgeordneten Marie Kleinert, Jette Krauss vom Clubkombinat, der im Clubkontext arbeitenden Helge und Batte, dem Betreiber des TURTUR und dem Publikum ein spannender Austausch. Moderiert wurde das Podium durch unsere Genossin Antonia Ivankovic. Antonia ist Fachsprecherin für Kulturpolitik der Bezirksfraktion und sitzt unter anderem im Fachausschuss für Musik. Kultur und Kreatives der Bezirksversammlung.

Im Anschluss wurden wir dann ganz praktisch und es ging weiter mit Musik und Tanz. Unser Genosse MIGATI lieferte einen mitreißenden Liveauftritt und im Anschluss wurde noch bis in die Nacht hinein geschwoft.

Für das leibliche Wohl war natürlich auch gesorgt. Es gab verschiedenes Fingerfood vom Anbieter Food For Friends (die versorgen auch unsere



<< Die Reichen standen nicht zum Verzehr bereit, deshalb griffen wir stattdessen gern auf das angebotene Fingerfood zurück (- besel, Foto: vom DJ-Pult: Fraktion)

Parteitage im Bürgerhaus Wilhelmsburg). Der Geheimtipp war aber das Hummus, das einer unserer Unterstützer aus der Nachbarschaft mitgebracht hat.

Insgesamt also ein gelungenes Fest, bei dem unsere Verbindungen gestärkt und neue Kontakte geknüpft werden konnten.

Marinus Stehmeier

Müllsammelaktionen der BO HaHoBo

Am 26.07. um 11 Uhr veranstaltete die BO HaHoBo (Hamm, Horn, Borgfelde) ihre jüngste Müllsammelaktion. Treffpunkt war die Bushaltestelle Tribünenweg, von wo aus sich rund 10 bis 12 Engagierte für etwa drei Stunden auf den Weg machten. Gesammelt wurde entlang des Tribünenwegs und des Rhiemswegs.

Wie schon bei vergangenen Aktionen kam dabei einiges zusammen: Zahlreiche Kippenstummel, die leider allgegenwärtig sind, aber auch größere Fundstücke. Besonders auffällig waren mehrere komplette, prall gefüllte Mülltüten, die achtlos in den Büschen entsorgt worden waren – ein deutliches Zeichen dafür, wie wichtig solche Sammelaktionen bleiben.

Besonders schön: Unter den Helfenden waren auch drei kleine Kinder mit ihren Eltern. Sie zeigten, dass auch die jüngsten tatkräftig mithelfen können, und sammelten später sogar noch gemeinsam auf dem Spielplatz weiter. Das kam nicht nur bei der Gruppe gut an – auch von den Anwohner:innen gab es viel positives Feedback. Eine Nachbarin war so begeistert, dass sie spontan Schokolade und Süßigkeiten über die Hecke reichte, um den Einsatz zu belohnen.

Zudem sorgt die Gruppe künftig dafür, eigene Zangen und Materialien bereitzuhalten, um die Sammelaktionen noch besser zu unterstützen.



Die Müllaktivist*innen (Foto: BO HaHoBo)

Die Treffen finden einmal im Monat statt. Auf unserem Instagram Account gibt es dazu regelmäßig auch Updates und Ansagen.
lea

(Und auch am 30.08. wurde gesammelt, „zu früh“ für den Redaktionsschluss dieser Ausgabe, aber am **27.9. um 11 Uhr** könnt ihr dabei sein. -red)

Entlassungen bei Lieferando - Streikwelle



Die Hamburger Demo vor dem Gewerkschaftshaus (Foto: Verena Brachvogel)

Wie in der letzten Ausgabe der MitteN Mang von mir berichtet haben bundesweit Hunderte von Beschäftigten in vielen Lieferando-Filialen (der größte Essens-Lieferant in Deutschland) an punktuellen Streiks und Aktionen Anfang Juli teilgenommen. Gefordert wird ein Tarifvertrag für alle bundesweit 6.000 Beschäftigten mit einem Mindestlohn von 15 Euro pro Stunde, Zuschläge für Sonn- und Feiertage sowie eine Vergütung für private Arbeitsmittel wie Rad, Auto und Smartphone.

Eine Woche später antwortete die deutsche Tochterfirma des niederländischen Konzerns "Just eat take away" mit der Kündigung von 2.000 Beschäftigten in Deutschland - davon allein 500 in Hamburg - bis Ende 2026 (ursprünglich Ende 2025). Zukünftig wolle man mit anderen Logistik-Unternehmen im Namen von Lieferando arbeiten - der Aufbau einer sogenannten "Schattenflotte". Dieses betrifft überwiegend Standorte mit Be-

triebsrätestrukturen. Lohn- und Arbeitsbedingungen wären nicht mehr einzusehen und zu kontrollieren.

In einigen Städten wird zunehmend auf den Dienstleister "Fleetlery" gesetzt, um im Vorgriff auf die drohende EU-Plattformrichtlinie das Kuriergeschäft in fremde Hände zu legen. Eine schriftliche Anfrage an den Senat unserer beider Bürgerschaftsabgeordneten David Stoop und Kay Jäger ergab, dass dieses Unternehmen grundlegende Arbeitsschutzstandards missachte (Das hätte eine Inspektion im Mai dieses Jahres festgestellt). Jeder zweite Beschäftigte ist nur geringfügig beschäftigt - muss also zum Lebensunterhalt oder für die Aufenthaltserlaubnis noch weitere Jobs annehmen.

Mögliche nächste Aktionen hängen auch von der Unterstützung vieler Engagierter ab, die bundesweiten Druck auf das Unternehmen ausüben. Die Arbeitsbedingungen - gerade von prekär Beschäftigten - dürfen uns nicht unbeteiligt lassen.

Verena Brachvogel

Unser Hafen, nicht euer Casino!

Sven-Friedrich Wiese(SFW): Moin Kay, wie ist es denn so als Hafenarbeiter in der Bürgerschaft?

Kay Jäger(KJ):

Ich denke erst mal ist es wie für die meisten neuen Abgeordneten: Alles neu, alles aufregend. Insgesamt ist die Art zu arbeiten und die Struktur meiner Wochen aber natürlich vollkommen anders als vorher. Mir gefällt die inhaltliche Arbeit an

meinen Fachthemen, die vielen Kontakte innerhalb und außerhalb der Fraktion/Partei. Meine politische Arbeit profitiert auf jeden Fall von dem Netzwerk an Personen und Organisationen, die ich quasi „mitgebracht“ habe. Meine Fachthemen sind Hafen, Gewerkschaften und Öffentliche Unternehmen, meine Herzentemen also. Ich bin auch weiterhin Teilzeit im Hafen beschäftigt.

SFW: Kay, in der MitteN Mang-Ausgabe Februar 2024 (auf unserer Bezirksverbandshomepage

HH-Mitte zu lesen) haben wir beide ein längeres Interview zum drohenden Verkauf der HHLA-Anteile an die Schweizer Reederei MSC geführt. Könntest Du bitte nochmals kurz skizzieren, wie dein Kampf gegen den drohenden Verkauf mit vielen anderen Hafenarbeiter*innen und Hamburger*innen gewesen ist?

KJ: Nach der Ankündigung des Senats im September 2023, die HHLA zur Hälfte an MSC verkaufen zu wollen, haben wir gewerkschaftlichen und betrieblichen Protest organisiert. Es gab zahlreiche Demonstrationen, Banneraktionen, Veranstaltungen, spontane Arbeitsniederlegungen und eine Kampagne „Notruf 040“, die von der Basis selbst ins Leben gerufen wurde. Die Idee war öffentlichen Druck zu erzeugen, aufzuklären und eine große Beteiligung in der Stadtbevölkerung gegen den Verkauf zu organisieren. Diese Teilprivatisierung des HHLA-Konzerns reiht sich ja ein in zahlreiche Privatisierungen in der Stadt Hamburg. Die Energienetze wurden privatisiert (und dann irgendwann teuer zurückgekauft), der Landesbetrieb Krankenhäuser wurde an Asklepios verkauft und so weiter und so fort. Die Linke hat uns während der Proteste sehr unterstützt, sowohl auf der Straße als auch parlamentarisch.

SFW: Wie hat sich MSC nach dem Debakel und dem intransparenten Ablauf rund um den Deal im Hafen verhalten?

KJ: MSC hat sich vor allem erst einmal in Schweigen gehüllt und durch verschiedene öffentlichkeitswirksame Aktionen versucht, sein Image bei den Hamburger*innen aufzupolieren. So fand beispielsweise das „MSC Yellow“ Festival, mitsamt einer Schiffstaupe an den Landungsbrücken statt. Außerdem hat der Konzern immer wieder Infostände in Innenstadtnähe aufgebaut, um dort mit den Hamburger*innen in Kontakt zu kommen.



Kay Jäger, Foto: Bürgerschaftsfraktion

SFW: Achtet der Multimilliardenkonzern die geltenden Arbeitnehmer*innenrechte und die Mitbestimmung?

KJ: Die Reederei hat zugesichert in Deutschland geltendes Mitbestimmungsrecht zu achten, eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die Realität sieht aber häufig anders aus: In der Seeschifffahrt gelten MSC Schiffe, was die Arbeitssicherheit und Arbeitsbedingungen angeht als problematisch. Beim Hamburger Betrieb Medrepair, einer hundertprozentigen Tochter von MSC, wurden die Kolleg*innen immer wieder in ihrer Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit behindert, sogenanntes Union Busting war dort lange an der Tagesordnung. Die Entwicklungen in den kommenden Jahren sind noch nicht wirklich abzusehen, in der Struktur des HHLA Konzerns ist momentan auch ziemlich viel im Wandel. Es ist aber damit zu rechnen, dass MSC seine Interessen durchsetzen wird. MSC hat sich weitgehende Vetorechte zusichern lassen und kann Mehrheitsentscheidungen (die Stadt ist noch Mehrheitsgesellschafterin) im HHLA Konzern so blockieren. Bei der HHLA haben die in ver.di organisierten Kolleg*innen einen wirklich guten Sozialtarifvertrag verhandelt, der den Beschäftigten weitreichende Absicherung garantiert.

SFW: Danke fürs Interview!

Endspurt Zukunftsentscheid: Wahlkampfauftakt

Der Zukunftsentscheid geht vor der Volksabstimmung am 12. Oktober in die heiße Phase!

Der Hamburger Zukunftsentscheid ist ein ehrenamtlich getragenes Projekt, das per Volksentscheid dem Klimaschutzgesetz einen neuen Rahmen geben will. So sollen jährliche Reduktionsziele und Monitoring, die vorgezogene Klimaneutralität auf 2040 und die verpflichtende Sozialverträglichkeit aller Maßnahmen festgeschrieben werden. Nachdem im Herbst 2024 über 100.000 Unterschriften dafür gesammelt wurden, können nun am 12. Oktober alle wahlberechtigten Hamburger*innen abstimmen. Über 60 Organisationen unterstützen den Entscheid, unter anderem der

Mieterverein zu Hamburg, Fridays for Future, das Deutschen Schauspielhaus, der FC St. Pauli und Die Linke Hamburg.

Knapp 50 Tage vor dem Entscheid steuert die Initiative auf die heiße Phase zu - und ist auf Unterstützung angewiesen. Mit Infoständen, großen Aktionen und an Haustüren steht sie vor einem riesigen Wahlkampf. Dafür wird die Unterstützung von Hamburgs politischer Zivilgesellschaft gebraucht.

Dafür ist ein großes **Auftaktevent am Samstag, den 06.09. um 17 Uhr** geplant. Die Anmeldung findet Ihr hier: zukunftsentscheid-hamburg.de/mitmachen/wahlkampf-auftakt/

Bündnis Solidarität statt Ausgrenzung

Wir rufen auf, gemeinsam mit uns auf die Straße zu gehen und ein Zeichen zu setzen: Für eine solidarische, soziale und gerechte Stadt, in der Platz für Alle ist - unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenslage!

Wir fordern:

- Konsequenter Ausbau von Housing First
- Menschenwürdige Unterkünfte der Stadt Hamburg mit Mindeststandards
- Mehr bezahlbaren Wohnraum für Alle
- Rückbau von defensiver Architektur
- Platz für Alle Menschen im öffentlichen Raum
- Angemessene Angebote für Beratung und Therapie
- Erleichterter Zugang zum Hilfesystem

Jeder Mensch braucht ein Zuhause
Wohnraum statt Verdrängung

Demo zum Tag der Wohnungslosen

Donnerstag 11.09.2025

18 Uhr Heidi-Kabel-Platz

Route durch die Innenstadt

Abschlusskundgebung

Infos, Essen und Trinken

ab 20 Uhr Heidi-Kabel-Platz



Abrisspläne der SAGA??!!!

Ein Brief von Uwe Böhm an seine Nachbarinnen

Liebe Nachbarn,

Wir wissen nicht, wie es euch geht, aber wir haben ein ungutes Gefühl, wenn wir an die Zukunft unserer Siedlung denken. Was hat die SAGA mit unseren Häusern vor?

Täuscht uns der Eindruck oder liegen wir mit der Einschätzung richtig, dass nur noch das Notwendigste an Reparaturen ausgeführt wird? Wir selber warten seit einer gefühlten Ewigkeit auf die Reparatur unseres Daches. Bei Nachfragen gibt es immer neue Informationen. Mal ist von einer eingeleiteten Ausschreibung die Rede, mal wird ein neuer Termin genannt. Nur die Reparatur findet nicht statt.

Kann sich noch jemand von euch – es ist Jahre her – an die Pläne der SAGA erinnern, die Häuser grundlegend zu sanieren? Bei uns stand ein Team auf einmal im Garten, das sondieren sollte, welche Teile des Gartens man "entkernen" müsste, um gut an die Außenmauer des Hauses ranzukommen. Was ist aus diesen Plänen geworden?

In einer Anfrage von Heike Sudmann (Mitglied der Hamburger Bürgerschaft DIE LINKE), um die wir gebeten haben, wird quasi geleugnet, dass es Sanierungen bzw. die Planungen dafür gegeben hat.

Ihr findet die Anfrage auf der Rückseite. (*hier: unten*)

Ein sehr ungutes Gefühl lösen bei mir/uns die ausweichenden Antworten auf die Frage 7 und die Frage 8 aus.

Frage 7 fragt danach, ob die SAGA Baumaßnahmen plant und wenn ja welche?

Der Senat verweigert die Antwort, weil es sich um nicht abgeschlossene Planungsmaßnahmen handelt. Aus dieser (Nicht) Antwort muss man aber schließen, dass mit unseren Häusern etwas geplant ist, was wir nicht wissen sollen oder liege ich da falsch?

Bei Frage 8 wird die Information ausgespuckt, dass die SAGA einen Antrag auf Erteilung eines Vorbescheides gestellt hat. Um was geht es bei dem Vorbescheid?

Wir wohnen gerne bei der SAGA, aber wir haben mittlerweile kein gutes Gefühl mehr.

Aus diesem Grund fragen wir die SAGA. Wie sieht die Zukunft unserer Siedlung nach den Plänen der SAGA aus?

Dokumentiert:

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Heike Sudmann (Die Linke)
vom 04.08.2025

und Antwort des Senats

- Drucksache 23/1098 -

Betr.: SAGA-Reihenhaussiedlung an der Möllner Landstraße 139-145/Cottaweg – wie geht es mit der Sanierung weiter?

Einleitung für die Fragen:

Rund um die Möllner Landstraße/Cottaweg in Billstedt steht eine Wohnanlage der SAGA mit Reihenhäusern. Die Gebäude aus den 60er Jahren sollten saniert werden, für einen Teil wurde die Sanierung vor einigen Jahren auch abgeschlossen. Für die restlichen Häuser erscheint die Zukunft ungewiss.

Ich frage den Senat:

Eine den Gesamtbestand der in Rede stehenden Reihenhäuser des Quartiers betreffende Sanierung ist bisher weder belastbar geplant oder begonnen noch unterbrochen. Bei den Reihenhäusern wurden im Bereich der Eingangsvorbauten vor ca. 15 Jahren seriell die Treppenstufen bzw. der Eingangsbereich erneuert. Im Mehrfamilienhaus Merkenstraße 3 wurde ca. 2018 eine Sanierung der Strangleitungen in Verbindung mit einer Badezimmererneuerung vorgenommen. Weitere Maßnahmen, die einer Sanierung bzw. Modernisierung im Quartiersumfang entsprechen würden, sind nicht erfolgt. Alle Gebäude werden im Rahmen der Regelbewirtschaftung instandgehalten und bedarfsweise instandgesetzt.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen auf der Grundlage von Auskünften der SAGA wie folgt:

Frage 1: Wann wurde die Planung für die Instandsetzung/Modernisierung/Sanierung der Häuser erstellt?

Frage 2: Welche Arbeiten umfasste die damalige Planung (Dach, Fenster, Dämmung o.a.)?

Frage 3: Für welche Häuser wurde die Sanierung abgeschlossen? Bitte jeweils Beginn und Abschluss der Arbeiten angeben.

Frage 4: Für welche Häuser wurden Aufträge bereits vergeben?

Frage 5: Für welche Häuser steht die Sanierung noch aus? Bitte jeweils den geplanten Beginn der Arbeiten und den voraussichtlichen Abschluss angeben. Falls für die noch ausstehenden Häuser

Liebe Grüße Uwe Everding-Böhm und Britta Everding

PS: Dieses Schreiben werden wir an die SAGA senden und euch über eine Antwort informieren.

keine Instandsetzung/Modernisierung/Sanierung erfolgen soll: weshalb nicht?

Siehe Vorbemerkung.

Frage 6: Welche Informationen zu den Fragen 1-5 gingen wann an die betroffenen Mieter*innen?

Sobald Maßnahmen an oder in den Objekten konkret geplant sind, werden die hiervon betroffenen Mieterinnen und Mieter rechtzeitig informiert.

Im Übrigen siehe Vorbemerkung.

Frage 7: Plant die SAGA in dem Wohngebiet/der Wohnanlage Baumaßnahmen? Falls ja, welche?

Um noch nicht abgeschlossenen Planungsmaßnahmen öffentlicher Unternehmen nicht vorzugreifen, sieht der Senat in ständiger Praxis davon ab, sich zu solchen zu äußern. Es besteht keine Verpflichtung des Senats fortlaufend der Bürgerschaft eine Mitsteuerung öffentlicher Unternehmen zu ermöglichen (vergleiche BVerfG, Urteil vom 7.11.2017, 2 BvE 2/11, BVerfGE 147, 50-184, juris, Rn. 229), was durch ein Bekanntwerden von nicht abgeschlossenen Planungen der Fall wäre.

Frage 8: Welche Voranfragen, Bauanträge oder andere schriftliche Fragen hat die SAGA bei den zuständigen Behörden gestellt? Bitte das jeweilige Datum, den Inhalt und den Stand nennen.

Die SAGA hat am 28. Oktober 2024 einen Antrag auf Erteilung eines Vorbescheides bei dem zuständigen Bezirksamt gestellt. Es werden darin verschiedene Varianten abgefragt. Dieser Antrag befindet sich noch in Prüfung. Von weiteren Angaben sieht der Senat ab, siehe Antwort zu 7.

Vorbemerkung: Nach Informationen aus den Reihen der Mieter*innen vor Ort wurden und werden notwendige Reparaturen, zum Beispiel der Dächer, nicht ausgeführt.

Frage 9: Aus welchem Grund erfolg(t)en diese Arbeiten bisher nicht? Falls Reparaturarbeiten geplant sind, bitte angeben welche und wann.

Notwendige Reparaturarbeiten am Objekt sind in der Vergangenheit ausgeführt worden. Der zuständigen Geschäftsstelle der SAGA liegen derzeit keine unbearbeiteten Mängelanzeigen von Mieterinnen und Mietern im Hinblick auf notwendige Reparaturen vor.

Angezeigte Mängel werden regelhaft geprüft und bedarfsweise im Rahmen der Regelstandhaltung abgestellt.

Lebenswertes St. Georg- für wen?

Stellungnahme der Initiative St. Georg für alle

In der Juli-Ausgabe der Blätter aus St. Georg – der Stadtteilzeitschrift des Bürgervereins – wurde ein Zehn-Punkte-Plan für ein „lebenswertes St. Georg“ veröffentlicht. Ziel ist eine „spürbare Verbesserung der Sicherheitslage im Stadtteil“. Die Erstunterzeichner*innen verweisen auf den rot-grünen Koalitionsvertrag und fordern verbindliche Vereinbarungen von den zuständigen Behörden. Aber was für eine Vorstellung von Sicherheit steht hinter diesem Plan? Was für ein Menschenbild wird über die verschiedenen Forderungen transportiert? Und wessen Interessen werden in den Forderungen vertreten?

Kurz und knapp zusammengefasst lässt sich sagen: Wer in Zukunft einen noch höheren Teil seines Einkommens an seinen Vermieter abgeben will, wer sich noch mehr Hotels in St. Georg wünscht, wer hilfsbedürftige Menschen aus dem Stadtteil drängen möchte und wer der Meinung ist, dass Hoteliers, Immobilieneigentümer*innen und Unternehmer*innen über die Zukunft von St. Georg entscheiden sollten, dem raten wir, den Aufruf zu unterstützen. Es ist schon erstaunlich, dass Pläne für ein lebenswertes St. Georg ganz ohne soziale Einrichtungen und Menschen, die sich mit den Problemen auf der Straße auskennen, entworfen werden. Vor diesem Hintergrund verwundert es jedoch nicht, dass der Zehn-Punkte-Plan ausschließlich aus ordnungspolitischen Maßnahmen besteht und nicht eine einzige Forderung zur Verbesserung der sozialen Situation vor Ort enthalten ist. Und nicht nur das: Sogar die Existenz des für Betroffene enorm wichtigen Drob Inns sowie auch des neu entstehenden Hilfszentrums mit Übernachtungsplätzen in der Repsoldstraße wird infrage gestellt. Außerdem wird unter Punkt 9 gefordert, grundsätzlich keine weiteren Hilfseinrichtungen im Stadtteil zu eröffnen.

Überwachung, Kontrolle, Verdrängung – ein verlockender Lösungsweg?

Der Zehn-Punkte-Plan reiht sich damit nahtlos in die Politik ein, die seit Jahrzehnten in St. Georg und rund um den Hansaplatz durchgesetzt wird: Die Ergebnisse verfehlter Sozial- und Wohnungspolitik werden mit Überwachung, Kontrolle und Verdrängung kaschiert. Dass dieses Vorgehen keine sozialen Probleme lösen kann und zu weiterer Prekarisierung vor Ort führt, wird in der Hoffnung ignoriert, dass sich die soziale Verelendung weg von der eigenen Haustüre verschiebt.

Mit Blick auf die aufgestellten Forderungen stellt sich die Frage, was hinter dem Image des bunten, toleranten und diversen St. Georg, von dem auch die Erstunterzeichner*innen gerne sprechen, wirklich steckt. Was bedeutet Vielfalt? Was bedeutet Sicherheit? Was bedeutet es für St. Georg und unser aller Selbstverständnis, wenn Menschen, die auf der Straße leben und nicht der sozialen Norm entsprechen, ihre Anlaufstellen und Hilfsangebote verlieren? Wenn sie noch häufiger willkürlichen Polizeikontrollen ausgesetzt sind als bereits jetzt? Wenn Ängste und Sorgen von Anwohner*innen gegen die Probleme der ärmsten unserer Gesellschaft ausgespielt werden? Wenn Menschen aus dem Stadtteil gedrängt werden? Das, was die Erstunterzeichner*innen des Zehn-Punkte-Plans als Sicherheit verkaufen, bedeutet in der Realität Einschüchterung, Ausgrenzung und Gewalt gegen diejenigen, die am meisten auf eine funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen sind.

Endlich Sozialpolitik erforderlich

Im Gegensatz dazu fordern wir als Initiative „Solidarisches St. Georg – ein Viertel für alle“ soziale Lösungen für soziale Probleme. Wir sind uns der Sorgen im Stadtteil bewusst, aber wir sind davon überzeugt, dass nur nachhaltige Ansätze, in denen nicht gegen, sondern mit den Menschen vor Ort gearbeitet wird, zu einer wirklichen Verbesserung führen. Nötig sind Angebote wie Housing First, ambulante Gesundheits- und Therapieangebote und Aufenthaltsorte mit Zugang zu Sozialarbeit, Beratung und Gemeinschaft. Echte Sicherheit für alle mit Zugang zu existenzieller Versorgung, zu sicherem Wohnraum, zu medizinischer und psychologischer Hilfe, zu Rechtsberatung und zu gesellschaftlicher Teilhabe werden seit Jahren gefordert. Die vielen hunderttausende Euro, die ergebnislos in zusätzliche Polizei und Überwachungs- und Sicherheitsdienste gesteckt werden, könnten stattdessen zur Unterstützung der sozialen Infrastruktur vor Ort verwendet werden. Wir fordern eine radikale Umkehr der Stadtteilpolitik: Leerstand muss verboten und Zweckentfremdung von Wohnraum konsequent gestoppt werden. Statt Luxusmodernisierung braucht es einen echten Mietendeckel und umfassenden, gemeinwohlorientierten Wohnungsbau. Wir fordern offene Plätze, selbstverwaltete Räume für Begegnung, Kultur, Austausch, Bildung, Musik, Kinder und Jugendliche, zugänglich für alle. Statt privater Verwertung braucht es mehr Räume für gemeinsames Leben. St. Georg darf kein Ort für diejenigen

werden, die es sich leisten können. Aus diesem Grund setzen wir uns für ein lebendiges, widersprüchliches und offenes Viertel für alle ein!

Wir müssen uns fragen, was es für uns als Anwohner*innen bedeutet, wenn die Immobilienbranche, Luxushotels, Zusammenschlüsse von Unternehmer*innen oder Privatschulen für Besserverdienende die Zukunft des Stadtteils bestimmen. Auf gestresste Anwohner*innen mögen die geforderten Lösungsansätze aus dem Zehn-Punkte-Plan zunächst verlockend wirken – aber was geht mit einer solchen Politik einher? Die Liste an Erstunterzeichner*innen zeigt eindeutig, dass es nicht darum geht, die Interessen von uns Anwohner*innen zu vertreten. Es braucht umgehend Mitbestimmungsstrukturen für die Menschen in St. Georg. Wieso sollten die Akteure, die von steigenden Mieten oder mehr Hotels im

Stadtteil profitieren darüber bestimmen, wie St. Georg gestaltet wird? Sozialwohnungen verschwinden, Ferienwohnungen, AirBnBs und Hotels tauchen auf, Mieten steigen – die aktuelle Stadtentwicklung folgt nicht dem Bedarf der Menschen vor Ort, sondern den Interessen von Investor*innen und denen, die mit unserem Stadtteil Geld verdienen möchten. Auch der Stadtteilbeirat als demokratisches Feigenblatt reicht nicht aus. Wir benötigen echte Demokratie und Mitbestimmung!

Wir haben nicht auf alle Probleme dieses Stadtteils Antworten, wir sind aber davon überzeugt, dass die Zukunft St. Georgs nur gemeinsam mit den Anwohner*innen angepackt werden kann. Deshalb schreibt uns gerne eine Mail, wenn ihr uns unterstützen wollt:

st.georg_fuer_alle@posteo.de

8. Mai zum Feiertag:

Video-Eindrücke der Festkundgebung zum Tag der Befreiung 2025 am Hamburger Jungfernstieg



**Festkundgebung zum 8. Mai
Tag der Befreiung**

„Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“
Esther Bejarano

Jewgeni Dolmatowski, sowjetischer Dichter mit demontierter Hitler-Büste am 2. Mai 1945 in Berlin.

**8. Mai 2025
12 bis 22 Uhr
Jungfernstieg**

Hamburger Ratschlag
für den 8. Mai als Feiertag
www.8mai-hamburg.de

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Der Hamburger Ratschlag für den 8. Mai als Feiertag macht sich mit zahlreichen Mitstreiter:innen daran, die Befreiung 1945 heute zu feiern und sie endlich zu vollenden:

Vorrang von Diplomatie zur Beendigung aller militärischen Gewalt, Völkerfreundschaft in allen internationalen Beziehungen, gleiche und unteilbare Menschenrechte für jeden Menschen rund um den Globus, die solidarische und humanisierende Arbeit am sozialen Fortschritt und die kulturelle und demokratisch umfassende Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Dafür braucht es das bewusst gestaltende Eingreifen der Vielen. Dafür muss der Tag der Befreiung endlich arbeitsfreier Feiertag werden!

In diesem Sinne findet Ihr hier als nach vorne weisende Rückschau auf die Festkundgebung

2025 einen Video-Zusammenschnitt (23 min) mit pointierten Eindrücken des Bühnenprogramms: <https://www.youtube.com/@8maihamburg>

Darin versammelt sind...

... Grußwörter aus aktuellen Kämpfen für das „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ von Malte Klingforth (ver.di), Friedensbeauftragter der EKD und Kerstin Kaiser (Brandenburg) ...

... Kulturbeiträge aus dem progressiven Menschheitserbe von Marx Sisters & Brothers und Linksjugend [solid] HH & SJD Die Falken HH ...

... Reden und Kulturbeiträge von RussPublika zur Kultur der Befreiung in der Sowjetunion ...

... die Podiumsdiskussion „Den 8. Mai zum Feiertag machen!“ mit Aktiven aus den Jugendorganisationen von SPD, GRÜNE und LINKE ...

... Redebeiträge zur Durchsetzung der antifaschistischen Konsequenzen heute von Prof. Dr. Norman Paech, Auschwitz-Komitee, frechen Omas und Referat für internationale Studierende der Uni Hamburg ...

... Musikbeiträge von Stella's Morgenstern, Hans-Martin Gutmann, Tornado Rosenberg & friends...

Verbreitet das Video gerne weiter! Die Aufzeichnung der kompletten Beiträge des Bühnenprogramms ist dort ebenfalls zu finden.

Einen Rückblick auf unsere Aktivitäten, Beschlüsse zum 8. Mai als Feiertag und Beteiligungsmöglichkeiten findet ihr unter:

www.8mai-hamburg.de

Antifaschistische Grüße
Franziska

Filmempfehlung:

Die 12 Geschworenen (Originaltitel: 12 Angry Men)

Sidney Lumet gelang mit „12 Angry Men“ 1957 ein durchschlagender Erfolg. Mit immerhin drei Oscar-Nominierungen und etlichen anderen Preisen begann Lumets Karriere als Regisseur – auch wenn der Film zunächst im Kino nicht die erwarteten Einnahmen zeitigte. Inzwischen gehört der Film jedenfalls zu den Klassikern der Filmgeschichte – ein kammerartiges Spiel, das sich (bis auf die Anfangsminuten) in einem Raum zuträgt, ein nur 96 Minuten dauernder Film, in dem Lumet den Eindruck erweckt, als ob sich alles in Realzeit abspielen würde. Das, was sich in diesen 96 Minuten zuträgt, ist so dicht, so intensiv, dass man am Ende den Eindruck hat, man habe selbst fast einen halben Tag in diesem Geschworenenzimmer zugebracht.

Es ist schwül, die Hitze macht allen Mühe, einen klaren Kopf zu bewahren. Selbst dem Richter ist dies anzumerken. Er fordert die Geschworenen auf, zu beraten und zu entscheiden, einen 18jährigen Jungen für schuldig oder unschuldig zu erklären, einen Jungen, dem es in seinem Leben nie sehr gut gegangen ist, der viel geschlagen wurde, ein Puertoricaner aus einem Viertel, in dem Armut und Gewalt ihre Spuren hinterlassen. Der junge Mann soll seinen Vater erstochen haben. Die Beweise scheinen erdrückend wie die Hitze an diesem Tag. Die zwölf Geschworenen, alles Männer, ehrbare Männer, die zum Teil schon des Öfteren als Geschworene tätig waren, zum Teil aber auch das erste Mal, ziehen sich zurück in einen spartanisch eingerichteten Raum mit Waschraum nebenan. Der Ventilator funktioniert nicht. Auf dem langen Tisch liegen Zettel und Bleistifte.

Die Dramaturgie des Films ähnelt tatsächlich sowohl der Form nach einem Theaterstück, als auch der Struktur nach einer klassischen Tragödie: ein „Held“ wird vorgestellt (gespielt von



Henry Fonda), der begibt sich in erhebliche Schwierigkeiten (weil er anfangs als einziger für nicht schuldig stimmt), muss alle nur erdenklichen Probleme lösen (die anderen zum Nachdenken bringen und ihre Verantwortung fordern), bis am Schluss sich offenbart, welche Tragik einer der Geschworenen durchlebt hat.

Hochinteressant finde ich die gruppendynamischen Prozesse. Wie in Parteien, Vereinen, Firmen, Familien und Bekannten - und Freundeskreisen verhalten sich einige Geschworene dominant, obwohl sie borniert sind, einige duckmäuserisch und sind eher Mitläufer und schließlich zeigen nur ganz wenige Mut, wenn die Gruppe ganz überwiegend mehrheitlich gegen einen steht. In der Top-250-Liste der IMDb rangiert dieser Klassiker übrigens auf Platz 5 mit einer Bewertung von 9,0 (von 10), womit er der höchstplatzierte Schwarzweißfilm ist. Für alle angehenden Soziolog*innen und für alle sozusagen Küchenpsycholog*innen ist „Die 12 Geschworenen“ ein Film, den man meines Erachtens gesehen haben sollte. *Die 12 Geschworenen (Originaltitel: 12 Angry Men), Erscheinungsjahr: 1957, Produktionsland: USA, 96 Minuten lang, DVD für 9.99€ zu kaufen oder u.a. auf Amazon Prime zu streamen.*

Sven-Friedrich Wiese

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke/Ecke Neuer Wall

Dienstag, 02.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel V30**, Vogelhüttendeich 30, 21107 HH

Freitag, 05.09., 10:30 Uhr:

Treffen der LAG Senior*innenpolitik
mit Heike Sudmann, MdHBü
Sitzungsraum, Burchardstr. 21

Sonntag, 07.09.

Bezirksmitgliederversammlung
Vorbereitung Landesparteitag (s.S. 2)

Montag, 08.09., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 11.09., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Montag, 15.09., 19:00 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Mittwoch, 17.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 18.09., 17:30:

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Caffamacherreihe 1-3, 11.OG

Donnerstag, 18.09., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Dienstag, 23.09., 19:00 Uhr

Treffen der **LAG Klimagerechtigkeit**
Landesgeschäftsstelle, Burchardstrasse 21

Samstag, 27.09., 14:30 Uhr

Zusammen für Gaza, Demo und Kundgebung
Berlin, Alexanderplatz

Oktober

Freitag, 3.10., 13:00 Uhr, Berlin

Friedensdemo und -kundgebung
(siehe S. 4)

Dienstag, 07.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel V30**, Vogelhüttendeich 30, 21107 HH

Donnerstag, 09.10., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Donnerstag, 09.10., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Achtung: Künftig am **2. Donnerstag** im Monat

Mittwoch, 15.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Montag, 20.10., 19:00 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei:

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/>

Und der der Bürgerschaftsfraktion:

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine>

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Rhia Baguley		rhia.baguley@die-linke-hamburg.de
Lea Behn		lea.behn@die-linke-hamburg.de
Laura		
Luzian Massarrat		luzian.massarrat@die-linke-hamburg.de
Vincent Rejmanowski		vincent.rejmanowski@die-linke-hamburg.de
Jamila Schrum		jamila.schrum@die-linke-hamburg.de
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@die-linke-hamburg-mitte.de
Yannick Yildiz		yannick.yildiz@die-linke-hamburg.de
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Instagram: https://www.instagram.com/dielinkehh_mitte/		
Im Netz: http://www.die-linke-hamburg-mitte.de		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX